

**„Lasst uns arbeiten, bringt uns nicht um!“
(Interview von Bettina Reis)**

Ein Vertreter der Widerstandsgemeinde vom Jiguamiandó-Fluss im Pazifik-Tiefland Kolumbiens berichtet

Nach dem Kongo und dem Sudan ist Kolumbien das Land mit den meisten Binnenflüchtlingen. Er hätte sich wie im Hunger geplagten Afrika gefühlt, meinte der stellvertretende UN-Flüchtlingshochkommissar Kamel Morjane, als er die Lebensbedingungen von internen Vertriebenen des Pazifik-Tieflandes in Kolumbien kennen lernte. Genau aus dieser Region stammt der folgende Bericht des Vertreters einer Widerstandsgemeinde. Die Menschen vom Flussbecken des Jiguamiandó wurden 1997 vertrieben und sind trotz des Kriegs mittlerweile wieder auf ihr Land zurückgekehrt. War der Grund für ihre Vertreibung wirklich Aufstandsbekämpfung? Oder steckten Interessen, die Ölpalm-Plantagen in Kolumbien auszuweiten, dahinter?

Wir sind afrokolumbianische Bauerngemeinden und haben im Pazifik-Departement Chocó am Jiguamiandó-Fluss gelebt, in der Gegend am Atrato-Unterlauf. Wir hatten ein würdiges, ruhiges und friedliches Leben. Bis 1982 die Armee eine Basis einrichtete und Studien über unser Land angestellt wurden. Die Armee sagte damals, sie würde auf unserem Land bleiben, bis sie die Guerilla vertrieben habe. Aber das war eine Ausrede, es ging um die Erforschung unserer Ressourcen. Damals wurden die *Campesinos/as* sehr gedemütigt, Menschen wurden gewaltsam verschleppt. 1990 versuchte dann eine Firma, die Rohstoffe in einem Berg in unserem Gebiet abzubauen. Aber unsere damalige Gemeindevertretung stemmte sich dagegen. Das Unternehmen zog ab.

1995 kamen Gerüchte auf, dass der Staat versuchen würde, sich unseres Landes zu bemächtigen. Angeblich war es Brachland, ohne Menschen, nur mit Tieren. Ende 1996 begann die Militäroperation Genesis, befehligt von General Rito Alejo del Río von der 17. Heeresbrigade. Am 20. Dezember 1996 kam es zum ersten Massaker in der Kreisstadt Riosucio. Das Militär mit Zuhilfenahme der Paramilitärs vertrieb die Bauern von ihrem Land. Unter welchem Vorwand? Die Guerilla in die Flucht zu schlagen. Dazu würde die Armee zwei Monate brauchen, danach könnten die Leute zurückkehren. Es wurde aus der Luft bombardiert, die Armee rückte zu Land vor und die Paramilitärs kamen in die Gemeinden und ermordeten die Menschen. Die Menschen flohen. Einige verließen das Gebiet, andere flüchteten in den Urwald.

Die es geschafft hatten wegzukommen, sammelten sich als *desplazados*, Binnenflüchtlinge, an einem Ort namens Pavarandó (Chocó). Dort wurden internationale Organisationen vorstellig, die katholische Kirche, selbst der Präsident kam damals. Unsere wichtigste Forderung an die Regierung war, die Titulierung von unserem Land als Kollektivland zu vollziehen. 1993 wurde das Gesetz 70 verabschiedet. Demzufolge haben afrokolumbianische Gemeinden Anspruch auf rechtliche Anerkennung ihres Territoriums. Aber dafür mussten sie Gemeinde-Räte (*Consejos Comunitarios*) bilden und dem Staat einen Antrag auf Titulierung vorlegen. Alle Gemeinden legten einen solchen Antrag vor. Der Staat verpflichtete sich, 1998 die Landtitel zu vergeben.

In dem Ort Pavarandó waren über fünftausend Binnenflüchtlinge. Es ging viel Zeit ins Land und die Leute blieben weiter dort. Nach und nach dämmerte ihnen, dass die Militäroperation gar nicht der Guerilla gegolten hatte, sondern dass es erhebliche Investitionen von nationalen und internationalen Firmen für Großprojekte auf ihrem Land gab. Als wir merkten, dass über Ölpalm- und Bananenplantagen und den Abbau der Bodenschätze des Berges auf unserem Land beraten wurde, beschlossen wir zügig zurückzukehren.

Zwischen-Station am Atrato-Ufer

Für die Rücksiedlung erklärten sich die Gemeinden zu Friedensgemeinden. Nach Padre Leonidas Moreno von der Sozialpastoral vom Bistum Apartadó sollte die Rücksiedlung in zwei Phasen erfolgen: zunächst an das Atrato-Ufer, und sobald es die Umstände erlaubten, von dort aus in die Heimatgebiete zurück. Wir, die Gemeinden der Flüsse Jiguamiandó und Curbaradó (*Comunidades de la cuenca del Jiguamiandó y Curbaradó*) drängten darauf, schnell ganz zurückzukehren. Wir waren zusammen über tausend Menschen.

Wir errichteten Übergangssiedlungen am Ufer des Atrato. Dort litten wir viel Not. Wir leben gewöhnlich ja auch nicht direkt am Flussufer, sondern im Landesinneren, wo es nicht mehr so sumpfig ist. Oft gab es kein Salz mehr. Die humanitäre Hilfe wurde rar. Die Menschen bekamen damals acht Pfund Reis für einen Monat. Während wir die Zeit am Atrato verloren, begannen die Ölpalmunternehmen bereits auf unserem Land zu roden.

Wir waren über ein Jahr am Atrato-Ufer, und vorher ungefähr acht Monate in Pavarandó. Dann kehrten wir endlich an den Jiguamiandó zurück. Dort trafen wir auf eine Gruppe von 800 Menschen. Sie waren nicht weggegangen. Sie gehörten zu uns, waren von unseren Gemeinden! Ihnen war es die ganze Zeit über noch schlechter als uns gegangen. Sie steckten tage- oder wochenlang in der selben Kleidung und konnten nicht waschen. Sie wagten nicht mehr tagsüber, sondern nur noch nachts zu kochen. Sie töteten Hunde und Hähne, damit sie keinen Laut von sich geben konnten. Sie mussten vermeiden, dass sie die Paramilitärs entdeckten. Alle acht oder vierzehn Tage mussten sie ihre Lager blitzschnell verlassen, um ihr Leben zu retten. Sie überlebten nur dank der Unterstützung des Bistums Quibdó und einer spanischen Hilfsorganisation.

„Ein Personalausweis für euer Land“

Im Jahr 2001 übergab der damalige Präsident Andrés Pastrana eigenhändig die kollektiven Besitztitel an die afrokolumbianischen Gemeinden in der Pazifikregion. Er sagte zu uns: ‚Das ist euer Werkzeug, mit dem ihr euer Recht einfordern könnt. Das ist wie der Personalausweis für euer Territorium.‘ Was waren die Gemeinden zufrieden! Sie waren davon überzeugt, dass sie jetzt die Herren ihres Landes sein und die anderen abziehen würden. Aber sofort nachdem die Landtitel offiziell ausgehändigt worden waren, begannen die Übergriffe der Armee und der Paramilitärs von Neuem. Siedlungen wurden abgebrannt und zerstört, viele Menschen umgebracht. Nach ihrer Rückkehr mussten die Menschen erneut um ihr Leben fürchten. Unsere Gemeinde siedelte an die rechte Seite des Flusses um, von wo aus die Menschen besser flüchten konnten, wenn Gefahr drohte. Sie machten sich im Urwald notdürftige Behausungen aus Blättern oder Plastik. Das sind sehr schwere Überlebensbedingungen. Sogar den Tieren geht es besser, die legen ihre Behausungen immer so an, dass sie zumindest von einem Wolkenbruch verschont bleiben.

Das war eine zweite Vertreibung, innerhalb unseres Territoriums. Wir sagten: ‚Wir sind verloren! Was können wir nur tun?!‘ Im Oktober 2001 beriefen wir eine Versammlung ein, um unsere Lage zu beraten. Wir forderten eine Regierungskommission. Diese Delegation kam schließlich, über zwanzig Personen. Sie war national und international besetzt, es kamen auch Menschenrechtsleute, insbesondere die kirchliche Organisation *Justicia y Paz*. Wir Gemeinden von den Flüssen Jiguamiandó und Curbaradó hatten im vorhinein fünf Punkte festgelegt. Wir hatten beschlossen, nicht länger von Friedensgemeinden, sondern von Widerstandsgemeinden, von Gemeinden für das Recht auf Leben und Territorium, zu reden. Rechtlicher Rückhalt war für uns das Gesetz 70 und unsere Organisation in Gemeinschaftsräte. Das Gesamtgebiet, für das wir kollektive Besitztitel haben, umfasst 54 973 Hektar.

Unsere erste Forderung lautete: Garantien, um an unsere Heimatorte zurückkehren und ungestört leben zu können. Die zweite, materielle Entschädigung für unser soziales Netz. Als dritten Punkt forderten wir die Aufhebung der Wirtschaftsblockade. Denn sowohl aus Richtung Quibdó wie aus Richtung Riosucio wurde der Atrato-Fluss blockiert. Sie ließen keine Lebensmittel für die Bevölkerung passieren. Unser vierter Punkt war die Einstellung des agroindustriellen Ölpalmanbaus. Der war nicht mit den Gemeinden konsultiert worden. Der fünfte Punkt bezog sich auf die „Bereinigung“ der 17. Heeresbrigade wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Paramilitärs und ihrer Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen.

Diesen Fünf-Punkte-Katalog stellten wir der Kommission vor, die alles für sehr wichtig erklärte. Wir sollten die Punkte unmittelbar der Regierung in Bogotá vorstellen. Das Innenministerium übernahm die Kosten für eine Reise von zwei Gemeindevertretern in die Hauptstadt, wo wir mit den zuständigen Regierungsstellen redeten. Sie behandelten uns zuvorkommend und stellten uns eine baldige Antwort in Aussicht.

Die Behörden versinken im Schweigen

Danach vergingen viele Tage, aber es rührte sich nichts. Es verstrichen vier Monate, und es kam keine Antwort. Die einzige spürbare Reaktion war: Noch mehr Sperren der Armee in den Orten Riosucio, Domingodó, Curbaradó und Quibdó. Die Campesinos konnten sich überhaupt nicht mehr ungehindert bewegen und den Fluss befahren. Alle drei oder vier Tage waren Paramilitärs am Flusssufer. Auch das Ölpalmprojekt machte Fortschritte.

Wir suchten Hilfe, um nochmals nach Bogotá zu fahren. Im April 2002 reiste eine weitere Kommission nach Bogotá. Wir beantragten Termine mit der Gemischten Kommission aus Regierung und NRO, die die Vorfälle in Jiguamiandó untersuchte, und wieder mit dem Amt des Vizepräsidenten, der Ombudsbehörde und dem Innenministerium. Wir bekamen aber nirgends eine Antwort. Wir gingen sogar zum Verteidigungsministerium. Dort sagten sie, in drei Monaten erhielten wir eine Antwort. Die Sozialbehörde würde alle Vorbereitungen treffen, damit die Gemeinden an ihre Heimatorte zurückkehren könnten.

Es vergingen drei Monate, und es gab keine Antwort. Und noch mehr Terror in den Gemeinden. Wen die Paramilitärs erwischten, blieb „verschwunden“. Da die Antwort der Behörden ausblieb, gingen wir im August 2002 wieder nach Bogotá. Dort hatten wir Gelegenheit, mit einer Delegation der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zu sprechen. Wir erklärten ihr unsere Situation und alle Schritte, die wir auf nationaler Ebene mit der Regierung unternommen hatten. Aufgrund dessen verpflichtete die Interamerikanische Menschenrechtskommission die Regierung zu Schutzmaßnahmen, sogen. *medidas cautelares*. Aber die Regierung scherte sich nicht darum und verletzte weiter die Rechte der Gemeinden. Warum sagen wir, dass es die Regierung ist? Weil die Soldaten weiter gemeinsame Sache mit den Paramilitärs machten, insbesondere die von der 17. Heeresbrigade! Aufgrund dessen ging der Fall an den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof. Dieser entschied am 6. März 2003 über weitergehende Schutzmaßnahmen, über *medidas provisionales*. Aber auch diese werden von der Regierung missachtet.

Wir haben dem Staat den Vorschlag der Einrichtung von drei humanitären Zonen, Schutzzonen für die Zivilbevölkerung, auf unserem Territorium unterbreitet, in denen die zivilen Kontrollbehörden, *Defensoría* und *Procuraduría*, präsent sein sollen. Auch durch internationale Begleitung soll unsere Situation als Zivilbevölkerung überwacht werden. Bedingung für die humanitären Zonen ist insbesondere, dass sich dort keine bewaffneten Akteure aufhalten dürfen. Aber die Behörden haben diese humanitären Zonen nicht genehmigt! Deshalb haben wir entschieden, dass es für uns besser ist, uns in drei Gebieten in unserem Flussbecken einzurichten. Wir leisten weiter Widerstand und reklamieren das Recht auf Leben und auf unser Territorium.

Die Ölpalmen gedeihen

Das Ölpalm-Projekt geht beachtlich voran. Die ersten Setzlinge sind schon drei Jahre alt, mit fünf Jahren beginnen Ölpalmen zu tragen. Die Leute vom Cacarica-Fluss (siehe ila 270 u. 271) wurden wegen des Interesses an einem Schilfgewächs, aus dem man feines Papier machen kann, und wegen des Interesses am Tropenholz und den Plänen für einen Interozeanischen Kanal vertrieben. Wir vom Jiguamiandó-Fluss wegen der Rohstoffe des Bergs Cara de Perro, wo es Uran geben soll, und um sich unserer pflanzlichen Ressourcen zu bemächtigen. Und vor allem, um Ölpalm- und Bananenplantagen auf unserem Land anzulegen. Ölpalmen machen die Erde steril. Wenn unser Land voller Ölpalmen ist, wovon sollen wir Bauern leben? Die Erde wird nichts mehr tragen.

Wir Bauern wollen nicht auf den Ölpalmpflanzungen arbeiten. Wir würden uns damit selbst das Messer an den Hals legen. Das ist ein illegales und schmutziges Geschäft, es ist mit dem Blut von Campesinos getränkt. Auf den Ölpalmpflanzungen zu arbeiten bedeutet eine Demütigung. Für uns Bauern heißt es, versklavt zu werden, die Freiheit zu verlieren. Das Gesetz schreibt außerdem vor, dass ein solches Projekt mit der afrokolumbianischen Bevölkerung beraten wird. Aber unser höchstes Organ, der *Consejo Comunitario Mayor*, wurde nie konsultiert.

Hinter dem Ölpalmgeschäft stecken Privatunternehmen, Genaueres haben wir noch nicht herausgefunden. Malaysia und Japan sind als Länder engagiert. Die Ombudsbehörde hat im Februar 2003 festgestellt, dass schon 1500 Hektar mit Ölpalmen bepflanzt sind. Das wurde bereits 2000 gemacht. Es gibt eine Baumschule mit einer Kapazität für weitere 800 Hektar. Jetzt – Ende Oktober (2003) – ist die Fläche dafür vielleicht schon umgepflügt. Das heißt, dass ein Teil des Landes, für das wir kollektive Besitztitel haben, schon mit Ölpalmen bepflanzt ist.

Dafür wurde die Zeit genutzt, in der wir vertrieben waren. Jeden Tag breiten sich die Pflanzungen weiter aus. Vom Ufer des Flusses Jiguamiandó aus kann man den Krach der Motorsägen und Bulldozer hören.

Bei uns war früher auch das Holzunternehmen Maderas del Darién aktiv. Aber mittlerweile ist der Fluss sedimentiert, infolge der Umweltzerstörung durch den Kahlschlag, und weil nach den Vertreibungen ab 1996 nur noch wenige Menschen den Fluss benutzten. Deshalb ist der Fluss jetzt auf zwanzig Kilometer sedimentiert. Früher brauchte man für diese Strecke zweiundeinhalb Stunden, heute acht, zehn, bis zu zwanzig Stunden! Das Gute daran ist, dass jetzt das Holzunternehmen auch nicht mehr leicht durchkommt.

Zivilbevölkerung mit Guerilla „verwechselt“

Die Gemeinden sind weiter in Gefahr. Die Leute können nicht mehr mit ihren Booten auf dem Fluss fahren, da sich Paramilitärs am Ufer aufhalten. Wer begibt sich auf einen Fluss, wenn er Gefahr läuft, dass Paramilitärs auftauchen und ihn oder sie beschießen? Erst vor einer Woche wurde ein Boot, das Reis und Mais geladen hatte, von Paramilitärs beschossen. Die Insassen mussten ins Wasser springen, um ihr Leben zu retten. Die Paramilitärs sagen zu den Gemeinden, dass die einzige Entwicklungsmöglichkeit für sie sei, das Ölpalm-Projekt zu akzeptieren. Sie sollten auf den Plantagen arbeiten und sich in die Spitzel-Netzwerke integrieren, die die Regierung vorgeschlagen hat, oder Bauern-Soldaten werden. Wenn wir das Ölpalm-Projekt nicht akzeptierten, hätten wir zwei Optionen: Entweder zu gehen, oder zu sterben!

Die Widerstandsprozesse der Gemeinden werden stigmatisiert. Es gilt als subversiv, die Rechte der afrokolumbianischen Gemeinden einzufordern! Menschenrechtsorganisationen, die diese Prozesse unterstützen (wie die *Comisión Intereclesial de Justicia y Paz*) werden bezichtigt, Guerilleros zu begleiten. Mit den Guerilleros sind wir gemeint, die Zivilbevölkerung! Deshalb fordern wir internationale Präsenz, auch unsere Behörden sollen bei uns vorstellig werden, um sich ein Bild von uns als Zivilbevölkerung zu machen. Es ist falsch, was unser Staatspräsident in Europa und den USA behauptet. Er macht nicht die Guerilla fertig, sondern uns. Es sind die Campesinos/as, die sterben.

Wir sind derzeit 23 Gemeinden, die im Becken des Flusses Jiguamiandó leben. Davon sind vierzehn Gemeinden von Jiguamiandó, neun vom Curbaradó-Becken. Das sind die Menschen, die vom Curbaradó-Becken geflüchtet sind und jetzt auf unserem Land leben. Insgesamt sind es 483 Familien und 2112 Personen. Unser Flussbecken ist multiethnisch. Multiethnisch heißt, dass dort Schwarze und Mestizen, auch *paisas*, Leute aus dem Departement Antioquia, zusammen leben. Es gibt auch Indígenas, aber sie haben ihr eigenes *resguardo* (rechtlich anerkanntes Kollektivland von Indígenas), das ist nicht Teil unseres kollektiven Besitztums. Aber wir haben sehr gute Beziehungen mit den Indios. Sie sind Embera-Katíos.

Wir leben von der Landwirtschaft. Wir bauen Mais an, Maniok, Bananen, Jamswurzeln, Zuckerrohr. Was wir selbst nicht anbauen, tauschen wir mit Nachbarn. Solidarische Leute aus der Provinzhauptstadt Quibdó kaufen uns Kochbananen ab. Aber der Verkauf ist nicht mehr wie früher, weil die Käufer bedroht wurden. Einer wurde schon umgebracht. Deshalb kommen sie nicht mehr den Fluss herunter, sie haben Angst. Deshalb geht es den Leuten sehr schlecht. Sie haben kein Salz, und sie können weder Bananen noch Reis verkaufen. Wir bauen zwar viel an, aber wir können nicht alles produzieren. Wir können kein Salz, keine Seife oder Speiseöl herstellen. Wir müssen auch Kleidung und Stiefel kaufen. Gummistiefel kaufen wir schon nicht mehr, da sie behaupten, dass sie für die Guerilla seien! Die Campesinos/as müssen im Urwald barfuß laufen! Der bäuerlichen Bevölkerung wird immer mehr der Hahn zugekehrt.

Wegen der Repressalien der Paramilitärs können wir den größten Teil unseres Landes und die besten Böden nicht nutzen. Von den 55 000 Hektar Kollektivland bewegen wir uns auf 25 000 Hektar. Die Leute von Curbaradó haben für 46 000 Hektar Land Kollektivtitel, und sie nehmen keinen einzigen davon in Anspruch. In ihrem gesamten Gebiet agieren die Paramilitärs.

Eigener Entwicklungsplan

Die Verwaltungsbeziehungen zwischen dem *Consejo Mayor*, unserem höchsten Organ, mit dem Bürgermeister und den lokalen und nationalen Behörden sind durch das Gesetz 70 von 1993 geregelt. Danach sollen die afrokolumbianischen Gemeinden einen *Consejo Mayor*, einen Großen Gemeinde-Rat, konstituieren. Konkret bedeutet das, dass die Gemeinden eine Generalversammlung einberufen und Mitglieder für einen Vorstand aller Gemeinden des Flussbeckens wählen. Damit das amtlich ist, muss dies zunächst dem Bürgermeister vorgelegt werden. Er stellt dafür eine Bescheinigung aus und muss innerhalb von 10 Werktagen – so das Gesetz – den Vorgang an die Regionalinstanz weiterleiten. Von der regionalen geht es zur nationalen Ebene. Gemäß den Notwendigkeiten unserer Gemeinden erstellen wir einen Entwicklungsplan für unser gesamtes Territorium. Dieser Plan wird beim Rathaus eingereicht. Problem ist, dass der Bürgermeister untätig bleibt.

Wir haben immer klar gesagt, egal, ob Paramilitärs, Armee oder Guerilla verantwortlich sind, wir machen jede Verletzung öffentlich. Bis auf den heutigen Tag haben wir 120 gewaltsame Tote registriert. Acht Menschen wurden von der Guerilla getötet, und 112 von den Paramilitärs. Unser Verzeichnis ist von Dezember 1996 bis jetzt. Das ist erschreckend für eine so kleine Gemeinde.

Heute ist für uns alles anders als vor der Vertreibung. Mir fehlte früher als Bauer überhaupt nichts. Ich hatte 32 Rinder, mein Pferd, ein gutes Boot mit Außenbordmotor, Schweine, Hühner. Wenn einem früher danach zumute war, hatte man das Geld, um einen zu heben, oder der Familie auszuhelfen. All das ging verloren. Heute leben wir dauernd auf Trab, auf der Flucht. Heute an diesem Ort, morgen wieder woanders, wir müssen einen Flecken Kochbananen hier und einen anderen dort anpflanzen. Das ist nicht unsere Art. Unser Leben hat sich zu 99 Prozent verändert. Das einzige, was übrig geblieben ist, sind die Spuren der Erde. Die kann niemand wegtragen.

Wir Bauern sind ja allgemein stolz, viele Kinder zu haben. Wie man selbst das Recht hatte, geboren zu werden und aufzuwachsen, soll man viele Kinder haben, um die Menschheit voranzubringen. Eine Campesino-Familie war stolz, sieben, acht oder zehn Kinder zu haben. Da wir aber heute ärmer sind, geht das nicht mehr. Und wegen des Kriegs! Früher mussten wir ja nicht dauernd wegrennen, es wurde niemand umgebracht! Wie kann man mit acht Kindern schnell wegrennen, wenn es zu einer Attacke kommt? Wie kann man die Kinder in Windeseile aufsammeln, um sie in Sicherheit zu bringen? Die Leute müssen sich ja von einem zum anderen Ort bewegen können, unter großen Strapazen. Die Frauen sorgen dafür, dass sie nicht schwanger werden. Mir persönlich macht es große Angst, mehr Kinder zu haben. Das versetzt einem doch einen großen Schmerz, sich vorzustellen, dass man einmal wegrennen und die Kinder zurücklassen müsste! Ein verantwortungsbewusster Vater gibt sein Leben für sein Kind hin. Er zieht es vor, dass er selbst und nicht sein Kind umgebracht wird.

Es tut weh zu erzählen, was die Kinder erleiden. Wenn heute ein Kind bei uns das Geräusch von einem Hubschrauber hört, kann es sein, dass es krank wird, es bekommt Kopfschmerzen oder Fieber. Es gibt Kinder, die gar nicht mehr essen, die dauernd angespannt sind und aufpassen, wohin der Papa und die Mama laufen, die Kinder kleben an den Eltern. Sie haben Angst wegen all dem, was sie mit eigenen Augen gesehen haben, was die Herren Paramilitärs anrichteten. Sie werden sehr oft krank. Dazu kommt noch die Unterernährung und die Epidemien. Früher gab es das alles nicht. Das tut mir sehr weh. Unsere Zukunft sind doch unsere Kinder, und wir müssen sie vorwärts bringen!

An einem Widerstandsprozess müssen alle beteiligt werden, natürlich auch die Frauen und die Jugendlichen. Wir waren und sind alle betroffen, deshalb müssen auch alle kämpfen. Eine Organisation ohne Frauen und Jugendliche hätte überhaupt keinen Sinn. An jedem Vorstand von uns müssen Frauen beteiligt sein. Das ist wie eine Vorschrift und gleichzeitig Gewohnheit.

Der Bericht gründet sich auf einem Gespräch, das Bettina Reis am 23. Oktober 2003 mit dem Vertreter der Widerstandsgemeinde von Jiguamiandó führte. Sein Name ist aus Sicherheitsgründen anonymisiert. – Aufzeichnung und Übersetzung aus dem Spanischen: Bettina Reis

In gekürzter Fassung veröffentlicht in der Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika, ila 273, März 2004.